

Abgeordnetenhaus B E R L I N

Öffentliche Sitzung

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Ausschuss für Integration, Arbeit,
Berufliche Bildung und Soziales

54. Sitzung
18. März 2010

Beginn: 10:05 Uhr
Schluss: 12:31 Uhr
Anwesenheitsliste: siehe Anlage
Vorsitz: Frau Abg. Dott (Die Linke)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1. Der Ausschuss ist damit einverstanden, dass der RBB für die Abendschau und den Hörfunk Aufnahmen von der Sitzung fertigt.
2. Der Ausschuss erklärt sich mit der von der Fraktion der CDU beantragten Erweiterung der Tagesordnung um den neuen Punkt 3 b) einverstanden.
3. Die Vorsitzende begrüßt Frau Abg. Mieke Senftleben (FDP) als neues Ausschussmitglied für den aus der Fraktion der FDP ausgeschiedenen Abg. Lehmann.

Sie teilt ferner mit, dass Abg. Czaja (FDP) beratendes Mitglied bleiben werde und dass folgende Sprecher/innen der Fraktion der FDP vertretungsweise an den Ausschussberatungen teilnehmen werden:

- Abg. Thiel (für den Bereich Arbeit),
- Frau Abg. von Stieglitz (für den Bereich Senioren) und
- Abg. Gersch (für den Bereich Pflege).

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Frau Sen Bluhm (IntArbSoz) und StS Dr. Fritsch (SenIntArbSoz) beantworten im Zusammenhang die Fragen von

Frau Abg. Senftleben (FDP),
Frau Abg. Radziwill (SPD),
Abg. Hoffmann (CDU) und
Frau Abg. Villbrandt (Grüne)

zum aktuellen Aufklärungsstand bezüglich des Verhaltens des Geschäftsführers der Treberhilfe.

Frau StS in Liebich (SenIntArbSoz) beantwortet die Frage von

Frau Abg. Breitenbach (Linksfraktion) zu den Auswirkungen der qualifizierten Sperre der Eingliederungstitel im Bundeshaushalt auf die einzelnen Jobcenter.

Die Vorsitzende erklärt die Aktuelle Viertelstunde für erledigt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme -
Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung gem. § 11 Abs. 2 LGBG für das Jahr 2008/2009 – Verstößebericht/Tätigkeitsbericht -
Drs 16/2950
(auf Antrag der Linksfraktion, der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0343](#)
IntArbBSOZ

Herr Dr. Schneider (Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung) nimmt einleitend Stellung.

Mit Einverständnis des Ausschusses äußert sich Herr Marquard (ehemaliger Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung) einleitend zu den in dem Bericht aufgeführten Problemen und zu den in Angriff genommenen Abhilfen.

StS Dr. Fritsch (SenIntArbSoz) nimmt Stellung und beantwortet ebenso wie Herr Dr. Schneider (Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung), Herr Marquard (ehemaliger Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung) und Frau Olszewski (SenStadt) die Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Aussprache wird die Besprechung für erledigt erklärt.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Berliner Einzelfallhilfe für psychisch erkrankte und behinderte Menschen auf eine solide Basis stellen!
Drs 16/2745
- b) Antrag der Fraktion der CDU
Berliner Einzelfallhilfe für Menschen mit Behinderungen nicht ruinieren
- Umgehend Rundschreiben überarbeiten
Drs 16/2709

[0334](#)
IntArbBSOZ

[0325](#)
IntArbBSOZ

Frau Abg. Villbrandt (Grüne) begründet den Antrag ihrer Fraktion zu Punkt 3 a).

Abg. Hoffmann (CDU) begründet den Antrag seiner Fraktion zu Punkt 3 b).

StS Dr. Fritsch (SenIntArbSoz) regt die Vertagung der Beratung an, bis der Schlussbericht vorliege, was spätestens nach den Osterferien erfolgen werde.

Frau Abg. Villbrandt (Grüne) beantragt die Vertagung des Antrages ihrer Fraktion zu Punkt 3 a).

Frau Abg. Breitenbach (Linksfraktion) beantragt die Vertagung beider Tagesordnungspunkte.

Abg. Hoffmann (CDU) erklärt sich mit der Vertagung des Antrages seiner Fraktion zu Punkt 3 b) einverstanden.

Beide Anträge sollen wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, sobald der Schlussbericht vorliege.

Nach Aussprache werden die Beratungen zu den Punkten 3 a) und 3 b) vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets in Berlin
– Erfahrungen und Schlussfolgerungen
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion)

[0231](#)

IntArbBSOZ

Frau Abg. Dott (Linksfraktion) begründet den Besprechungsbedarf ihrer Fraktion.

StS Dr. Fritsch (SenIntArbSoz) nimmt Stellung und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder. Er sagt die schriftliche Übermittlung der statistischen Daten zu.

Herr Schwarz (SenIntArbSoz) macht ergänzende Ausführungen und erklärt, dass die Bezirke die detaillierten Daten bis Mitte 2010 zugesagt hätten.

Nach Aussprache wird die Besprechung für erledigt erklärt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Mehr Chancen durch Teilhabe (VII): Mehr
Barrierefreiheit für hörbehinderte und hörgeschädigte
Menschen!
Drs 16/1543

[0219](#)

IntArbBSOZ

Frau Abg. Senftleben (FDP) begründet den Antrag ihrer Fraktion und ändert den Berichtstermin in „31.10.2010“.

Die Fraktion der SPD und die Linksfraktion legen einen ersetzenen Änderungsantrag vor, der von Frau Abg. Monteiro (SPD) begründet wird.

Frau Abg. Senftleben (FDP) übernimmt für ihre Fraktion aus diesem Änderungsantrag den zweiten Spiegelstrich in den Antrag ihrer Fraktion.

Nach Aussprache beschließt der Ausschuss entsprechend dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion einstimmig mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Linksfraktion sowie der Fraktionen der CDU und der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP folgende Beschlussempfehlung:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag - Drs 16/1543 - wird in folgender Fassung angenommen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, im Sinne der Belange hörbehinderter und hörgeschädigter Menschen

den Dialog mit den vielfältigen Interessenvertretern, Verbänden und Institutionen hörbehinderter und hörgeschädigter Menschen fortzuführen,

in Abstimmung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport schnellstmöglich eine Korrektur der Honorarverordnung HonVSoz vorzunehmen,

zu prüfen, ob die Einrichtung einer Dolmetscherzentrale im Land Berlin wirtschaftlich und inhaltlich angemessen ist,

sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die Ausstrahlung der Abendschau beim Rundfunk Berlin-Brandenburg mit Gebärdendolmetschern erfolgen kann, und

im Rahmen der Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderung weitere geeignete Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit für hörbehinderte und hörgeschädigte Menschen zu ergreifen.

Dem Abgeordnetenhaus ist hierüber bis zum 30.06.2010 zu berichten.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion [0204](#)

Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von

Menschen mit Behinderungen

Drs 16/1406

[0204](#)

IntArbBSOZ

Auf Antrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion beschließt der Ausschuss ohne Aussprache einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen folgende Beschlussempfehlung:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag - Drs 16/1406 - wird für erledigt erklärt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Bildende Künstler und Hartz IV
Drs 16/1455

[0210](#)
IntArbBSOZ(f)
+Kult*
+Hauptausschuss

Die Vorsitzende verweist auf die Stellungnahme des mitbeteiligten Ausschusses für kulturelle Angelegenheiten.

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Linksfraktion sowie der Fraktionen der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP entsprechend der Stellungnahme des Ausschusses für kulturelle Angelegenheiten folgende Beschlussempfehlung:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drs 16/1455 – wird unter Abänderung der Überschrift in „Künstlerinnen und Künstler und Hartz IV“ in folgender Fassung angenommen:

Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen seiner Arbeitsmarktpolitik professionelle Künstlerinnen und Künstler zu unterstützen, die kurz- oder mittelfristig nicht vom Erlös ihrer künstlerischen Arbeit leben können.

Die dafür notwendigen Maßnahmen sollen dazu dienen, dass die Betroffenen aus dieser Berufsgruppe für eine vertretbare Zeit ihren eigentlichen Beruf nicht aufgeben müssen, bis sie durch andere Arbeitsgelegenheiten in den regulären Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Der Senat wird deshalb aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass

1. bei der bevorstehenden Neuordnung der Jobcenter Ansprechpartner für Künstlerinnen und Künstler in allen Jobcentern benannt werden, die sowohl als Multiplikatoren nach innen wirken als auch Sprechstunden für Künstlerinnen und Künstler durchführen und sie sachgerecht beraten,
2. unter Hinzuziehung von Berufsverbänden Kriterien für die Prüfung festgelegt werden, ob hilfesuchende Künstlerinnen und Künstler sich nach dem Förderzeitraum durch eigene Arbeit ihre Existenz sichern können,
3. Künstlerinnen und Künstler auch weiterhin als Selbstständige behandelt werden und ihnen mit den Eingliederungsvereinbarungen nach dem "Berliner Modell" der Agentur für Arbeit Nord Gelegenheit gegeben wird, durch eigene künstlerische Tätigkeit ausreichend Erwerbseinkommen zu erzielen, bevor sie durch Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung nach SGB II in kulturellen Tätigkeitsfeldern integriert werden,
4. die Finanzierung von erwerbswirtschaftlich bedingtem zusätzlichem Raumbedarf gemäß SGB III bzw. SGB II ermöglicht wird, wenn Künstlerinnen und Künstler über kein oder ein zu geringes Einkommen verfügen,

5. bei der anstehenden Änderung der AV Wohnen zu prüfen, inwieweit eine Überschreitung der Richtwerte möglich ist, wenn die betreffende Wohnung regelmäßig für berufliche Zwecke genutzt werden muss und für die Aufrechterhaltung der beruflichen Tätigkeit notwendig ist.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Oktober 2010 zu berichten.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Freigrenzen für Schonvermögen zur Altersvorsorge
anheben – drohender Altersarmut entgegenwirken!
Drs 16/0536

[0096](#)
IntArbBSOZ
+Hauptausschuss

Auf Antrag der Fraktion der FDP beschließt der Ausschuss ohne Aussprache einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen folgende Beschlussempfehlung:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag - Drs 16/0536 - wird für erledigt erklärt.

Punkt 9 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Verantwortungsvoll regieren – Leistungen für Bedürftige
gesetzeskonform gestalten!
Drs 16/0631

[0115](#)
IntArbBSOZ
+Hauptausschuss

Auf Antrag der Fraktion der FDP beschließt der Ausschuss ohne Aussprache einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen folgende Beschlussempfehlung:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag - Drs 16/0631 - wird für erledigt erklärt.

Punkt 10 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Anerkennung macht stark – FreiwilligenPass weiter
entwickeln
Drs 16/0618

[0114](#)
IntArbBSOZ
+Hauptausschuss

Auf Antrag der Fraktion der CDU wird die Beratung aus Zeitgründen ohne Aussprache vertagt.

Punkt 11 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Ausbildungsquote in der Verwaltung erhöhen
– Mittelverfall stoppen!
Drs 16/0635

0117
IntArbBSOZ(f)
+WiTechFrau*
+Hauptausschuss

Auf Antrag der Fraktion der FDP wird die Beratung aus Zeitgründen ohne Aussprache vertagt.

Punkt 12 der Tagesordnung

Verschiedenes

1. Die Vorsitzende weist auf die Sprecherrunde am Dienstag, dem 23. März 2010, 13.30 Uhr, Raum 309 hin.
2. Nächste Sitzung: Donnerstag, der 15. April 2010, 10.00 Uhr

Über die Tagesordnung verständigen sich die Sprecher/innen in der Sprecherrunde am Dienstag, dem 23. März 2010, 13.30 Uhr.

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Minka Dott

Susann Engert